

BERICHT AUS BERLIN

von Dr. Inge Gräßle



Ausgabe 28 | 10.7.2026

Die Koalition packt weiter an: Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach Wochen intensiver Beratungen hat die Koalition mit dem Reformpaket „Ein Programm für Aufschwung und Beschäftigung“ einen umfangreichen Maßnahmenkatalog vorgelegt. Das ist eine gute Nachricht.

Nach langem Ringen wird geliefert, und viele Punkte gehen in die richtige Richtung: weniger Bürokratie, schnellere Verfahren, Entlastungen für Betriebe und ein klareres Bekenntnis zu Investitionen, Sicherheit und wirtschaftlicher Stärke. Später dazu mehr.

Doch entscheidend ist nicht, was auf dem Papier steht, sondern was am Ende bei den Bürgern, den Unternehmen und den Kommunen tatsächlich ankommt. Denn der Politikwechsel, den viele Menschen von dieser Bundesregierung erwarten, ist noch immer nicht ausreichend spürbar. Zu viele Probleme haben sich über Jahre aufgestaut und lassen sich nicht mit einer Überschrift, einem Kabinettsbeschluss oder einer einzelnen Reform erledigen.

Gerade deshalb müssen **wir als Union** jetzt beweisen, dass wir nicht nur Beschlüsse fassen, sondern sie auch gegen Widerstände durchsetzen. Steuerliche Entlastungen dürfen nicht durch neue Belastungen an anderer Stelle wieder aufgeessen werden. Wer den Mittelstand stärken will, darf ihn nicht gleichzeitig mit neuen Pflichten, höheren Abgaben oder zusätzlicher Unsicherheit belasten.



Viele Menschen spüren: Unser Land steht vor großen Veränderungen, weil die Welt sich verändert. Als Koalition sind wir angetreten, um Deutschland voranzubringen. Das heißt, Probleme zu lösen, statt sie nur zu

beschreiben. Dieser Gedanke verbindet die Reformen, die wir in den vergangenen Wochen und Monaten beschlossen haben:

Wir machen Deutschland sicherer und robuster gegenüber Krisen, indem wir unsere Bundeswehr stärken oder neue Handelsabkommen abschließen.



<https://de-de.facebook.com/dringegraessle>



<https://www.instagram.com/inge.graessle/>



www.inge-graessle.de



Bundestagsbüro
Platz der Republik - 11011 Berlin
T: 030 227 73459

Wir entrümpeln das Land von Bürokratie und machen den Alltag einfacher, digitaler und bezahlbarer. Dafür hat die Bundesregierung eine Vielzahl an Maßnahmen beschlossen, diesen Weg setzen wir mit den Beschlüssen des Koalitionsausschusses weiter um, bspw. mit der breit angelegten Abschaffung von Berichtspflichten oder von Beauftragten.

Wir bringen die Infrastruktur in Ordnung. Dafür haben wir unter anderem das Infrastruktur-Zukunftsgesetz verabschiedet.

Wir tun etwas für das Gerechtigkeitsempfinden der Menschen: Wer arbeiten kann, sollte arbeiten. Ab dem 1. Juli gilt die neue Grundsicherung.

Es ist dieses Mitte-Prinzip, das uns von den Radikalen unterscheidet. Während die politischen Ränder auf Empörung und Polarisierung setzen, übernehmen wir Verantwortung. Wir führen unterschiedliche Positionen zusammen und setzen Reformen gemeinsam um. Auf Debatten folgen konkrete Entscheidungen.

Und warum diese Reformen? Weil Nichtstun keine Option ist. Die demografische Entwicklung lässt die Kosten für Gesundheit, Pflege und Rente weiter steigen. Gleichzeitig setzen immer höhere Sozialabgaben Beschäftigte und Unternehmen unter Druck und schwächen die Wettbewerbsfähigkeit unseres Standorts.

Deshalb brauchen wir neues Wachstum. Denn nur eine wachsende Wirtschaft kann die Finanzierung unserer sozialen Sicherungssysteme, unserer Infrastruktur und unserer Sicherheit dauerhaft gewährleisten. Im Kern geht es die Frage: Wie schaffen wir die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung?

Die 2020er-Jahre werden wahrscheinlich als Jahre des Umbruchs in Erinnerung bleiben. Unsere Aufgabe ist es, daraus gute 2030er-Jahre zu machen. So schaffen wir neues Vertrauen, neue Stärke und neue Zuversicht!

Schwerpunkte der Sitzungswoche

Stabile Beiträge zur GKV erster großer Schritt zur umfassenden Reform der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)

Die vom Bundesministerium für Gesundheit eingesetzte „Finanzkommission Gesundheit“ hat am 30. März 2026 umfassende Empfehlungen ausgesprochen, um die Krankenkassen-Beitragssätze ab dem Jahr 2027 dauerhaft zu stabilisieren. Unter Berücksichtigung dieser Empfehlungen umfasst das Gesetz ein breit angelegtes Maßnahmenpaket zur Stabilisierung der GKV-Financen und damit auch der Beiträge. Das Ziel, die Beitragssätze stabil zu halten, wird erreicht.

Der Fokus der Maßnahmen liegt auf einer Rückkehr zur einkommensorientierten Ausgabenpolitik und somit einer Reduktion der Ausgabendynamik sowie einer Stabilisierung der Einnahmen. Zukünftig ist ein effizienter und zielgerichteter Einsatz der Beitragsmittel in allen Bereichen des Gesundheitswesens zwingend erforderlich. So werden in allen Leistungsbereichen im Grundsatz Vergütungsanstiege auf die tatsächliche Kostenentwicklung oder die Entwicklung der beitragspflichtigen Einnahmen der GKV begrenzt. Kostenintensive Sondervergütungen oder nicht evidenzbasierte Leistungen, die nicht nachweislich zu einer besseren Versorgung der Versicherten führen, werden dagegen abgeschafft.

Wichtige Änderungen im parlamentarischen Verfahren sind folgende:

- Der Bund gibt mehr Geld für Grundsicherungsempfänger: Für die Versorgung der Empfänger wird der Bund mehr Geld an die Krankenkassen bezahlen als bisher geplant; 2027 wird es eine Milliarde Euro statt 250 Millionen Euro sein.

Die Summe wird in den Folgejahren stetig steigen; ab 2031 wären es dann rund 2,75 Milliarden Euro.

- Zudem soll der Bundeszuschuss an die GKV weniger stark gekürzt werden: Statt zwei Milliarden Euro sollen es 2027 nur 1,35 Milliarden Euro sein.
- Eine Änderung gibt es auch beim Beitragszuschlag für **mitversicherte** Ehegatten und Lebenspartner: Er wird nicht erhoben, wenn Kinder unter zwölf Jahren betreut werden, bisher sollte er ab sieben Jahren fällig werden. Der Zuschlag wird 2,5 Prozent betragen.

Wir entlasten Familien von Bürokratie

Wir beschließen diese Woche das **antragslose Kindergeld**. Zukünftig müssen Eltern in den meisten Fällen keinen Antrag auf Kindergeld mehr einreichen. Das antragslose Kindergeld geht im März 2027 an den Start und ist zunächst auf Geburten ab dem zweiten Kind beschränkt. Voraussichtlich ab Herbst 2027 wird das antragslose Kindergeld auch auf erstgeborene Kinder ausgeweitet. Dadurch schaffen wir gerade in der sensiblen Phase rund um die Geburt eines Kindes eine spürbare Entlastung für junge Familien und stärken zugleich das Vertrauen in eine moderne, digitale Verwaltung.



Um Missbrauch zu verhindern, wird das Kindergeld zunächst nur antragslos ausgezahlt, wenn ein inländischer Wohnsitz des Kindes und eine inländische Erwerbstätigkeit mindestens eines Elternteils vorliegt.

Wir unterstützen Länder und Kommunen

Wir schließen das **Gesetz zur Entlastung der Länder und ihrer Kommunen** noch vor der sitzungsfreien Zeit im Sommer ab und senden damit ein weiteres starkes Signal der Unterstützung an Länder und Kommunen. Das Gesetz sieht vor, dass der Bund die Länder und Kommunen in dieser Wahlperiode neben einer Vielzahl anderer Unterstützungsmaßnahmen nochmals mit insgesamt vier Milliarden Euro zusätzlich finanziell hilft. Insbesondere erhalten finanzschwache Flächenländer insgesamt 250 Mio. Euro jährlich zur Entschuldung der Kommunen, die übermäßige Kassenkredite angehäuft haben.

Programm für Aufschwung und Beschäftigung

Nach vielen Jahren, in denen über Reformbedarf vor allem geredet wurde, liegen nun 34 konkrete Maßnahmen auf dem Tisch. Sie reichen von Entlastungen bei der Einkommenssteuer über mehr Flexibilität am Arbeitsmarkt bis hin zu einem spürbaren Abbau von Bürokratie. Man muss nicht gleich in übertriebene Euphorie verfallen, aber festhalten darf man: Diese Koalition ist handlungsfähig!

Besonders erfreulich ist der vorgesehene Bürokratierückbau. Endlich! Dass sich die Koalition das Bürokratiemonster und die unsinnigen Berichts- und Dokumentationspflichten vorknöpft, spricht dem Mittelstand aus der Seele – das höre ich auch immer wieder selbst in meinem Wahlkreis. Wer mit Unternehmern, Handwerkern, Gastrosomen und Mittelständlern spricht, hört seit Jahren dieselbe Klage: Es fehlt nicht an Arbeit, Ideen oder Leistungsbereitschaft, sondern an Zeit, weil neue Nachweis-, Berichts- und Dokumentationspflichten den Betrieben die Luft nehmen.

Künftig sollen gesetzliche Berichtspflichten gegenüber staatlichen Stellen pauschal aufgehoben werden, es sei denn, ein Ministerium kann ausdrücklich begründen, warum eine Pflicht weiter erforderlich ist. Diese Beweislastumkehr war überfällig.

Auch bei Genehmigungsverfahren geht das Paket in die richtige Richtung. Anträge sollen künftig grundsätzlich nach vier Monaten als genehmigt gelten, wenn die Behörde keinen besonderen Prüfbedarf anmeldet. Das klingt technisch, ist aber für Investitionen, Bauprojekte und betriebliche Erweiterungen von erheblicher Bedeutung. Wer investieren will, braucht Verlässlichkeit und Tempo. Jahrelange Verfahren, unklare Zuständigkeiten und immer neue Nachforderungen schrecken ab.

Richtig ist auch die rote Karte für sozialistische Enteignungsfantasien. Private Mietwohnungsbestände sollen künftig nicht mehr durch landesrechtliche Vergesellschaftungsgesetze verstaatlicht werden können. Wer mehr bezahlbaren Wohnraum will, muss Bauen erleichtern, Investitionen ermöglichen und Eigentum schützen. Politische Drohkulissen schaffen keine einzige neue Wohnung. Deshalb ist dieser Punkt nicht nur ordnungspolitisch richtig, sondern auch praktisch notwendig.

Für Bürger und Familien enthält das Paket ebenfalls konkrete Entlastungen. Zum 1. Januar 2027 sollen der Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Arbeitnehmerpauschbetrag steigen. Die zweite Progressionszone soll abgeflacht werden. Der Schwerpunkt liegt damit auf kleinen und mittleren Einkommen sowie auf Familien. Eine berufstätige Familie mit zwei Kindern und einem zu versteuernden Einkommen von sechzigtausend Euro kann ab 2028 um mehr als sechshundert Euro im Jahr entlastet werden.

Hinzu kommt mehr Ordnung im Sozialstaat. BMAS und BMI sollen noch im Juli 2026 einen Aktionsplan gegen Sozialleistungsmissbrauch vorlegen. Vorgesehen sind

unter anderem ein besserer Datenaustausch zwischen Sozial-, Ausländer-, Melde-, Finanz- und Sicherheitsbehörden sowie klare Leistungsausschlüsse für Personen, die per Haftbefehl gesucht werden. Das ist richtig. Ein Sozialstaat bleibt nur dann stark und akzeptiert, wenn Hilfe bei denen ankommt, die sie wirklich brauchen, und Missbrauch konsequent verhindert wird.

Video der Woche



Sodele, der Umzug ist abgeschlossen und es gibt „tolle Aussichten“ – dazu mein „Video der Woche“. Viel Spaß!

[KLICK](#)